

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

11. Jahrgang 1963

1. Heft/Januar

SIGMUND NEUMANN †

## DER DEMOKRATISCHE DEKALOG

### STAATSGESTALTUNG IM GESELLSCHAFTSWANDEL

*Während der Drucklegung des folgenden Artikels – dem ein Festvortrag zugrunde liegt, der am 7. Mai 1962 anlässlich der Einweihung des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin gehalten wurde – ist sein bereits von schwerer Krankheit gezeichneter Verfasser am 22. Oktober 1962 in Middletown/USA gestorben. Die Verdienste Sigmund Neumanns um die politische Wissenschaft, insbesondere um die Parteiengeschichte, wie auch um die erste Deutsche Hochschule für Politik in Berlin sichern ihm ein ehrenvolles Andenken. Sein eindringlicher und sehr persönlicher Appell zur Besinnung auf die „Grundkategorien“ der Demokratie und auf die Erfordernisse für ihre Bewährung – denn darum handelt es sich bei aller Strenge und Klarheit in der folgenden Untersuchung – ist nunmehr vollends eine Art Vermächtnis geworden.* H. R.

Die Wissenschaft von der Politik ist eine verantwortungsreiche und anspruchsvolle Disziplin. Im Mittelpunkt ihrer Bemühungen steht der Mensch in seiner Beziehung zu Staat und Gesellschaft. Sie ist in diesem tiefsten Sinne politisch, indem sie uns direkt anspricht und täglich zur Entscheidung herausfordert.

Ihre Geburtsstunde ist nicht von ungefähr in den Perioden der großen historischen Umbrüche zu suchen, wenn Staat und Gesellschaft in eine kritische Spannung geraten, wenn überkommene Wertbegriffe und Maßstäbe in Frage gestellt und erneut geprüft werden müssen. Die Meister der modernen politischen Theorie, Hobbes und Locke, Montesquieu und Rousseau, Lorenz von Stein, Karl Marx und J. S. Mill und alle anderen waren Zeitgenossen aufwühlender Konflikte. Wir leben gewiß wiederum in solch herausfordernden Krisenzeiten, die zur geistigen Besinnung aufrufen.

Politik als Wissenschaft hat weder die Aufgabe, persönliche Willensentscheidungen abzunehmen noch grandiose Prophezeiungen zukünftiger Entwicklung zu verkünden. Was ihr allein zusteht, ist das Bemühen, die politische Wirklichkeit in ihren Tatbeständen, in ihren Strukturzusammenhängen und ihren bestimmenden Willenskräften aufzudecken. Diese sachliche Fundierung allerdings ist Voraussetzung für eine verantwortungsbewußte und umfassende politische Entscheidung. Mit solcher stolzen Aufgabe sind grundlegende Schwierigkeiten verbunden. Um ihnen zu begegnen, sind gewisse Warnungszeichen und Spielregeln am Platze. Andeutungen müssen genügen. Wir können unter fachmännischen Freunden Stenographie sprechen. Sie können ohne Schwierigkeiten die Fußstapfen der verbor-

genen Fußnoten entdecken, welche oft heißumstrittene Probleme und Auseinandersetzungen unter den internationalen Spezialisten reflektieren.

Die Tatsache, daß die Politische Wissenschaft den Menschen als Subjekt und Objekt ihrer Bemühungen umschließt, bringt die vieldiskutierte und oft mißverständene Frage von der Wertfreiheit der Wissenschaft auf. Es mag hierzu kategorisch gesagt werden: die beste Garantie einer objektiven Erfassung des gegebenen Tatbestandes ist die klare Erkenntnis der eigenen subjektiven Position, die häufig der wirkliche Grund unserer Beschäftigung mit dem Untersuchungsobjekt ist. (Wenn man Kopfschmerzen hat, merkt man plötzlich, daß man einen Kopf hat.) Erst in seiner Krisenzeit, wenn der Staat nicht mehr eine unausgesprochene Selbstverständlichkeit ist, werden wir seiner Problematik und Existenz gewahr. An ihrer gegenwärtigen Gefährdung erkennen wir unsere vitale Verbundenheit mit der Demokratie. Sobald solche tiefen persönlichen Verflechtungen, und mitunter Vorurteile eingangs bewußt erfaßt sind, wird der einsichtige Forscher allerdings doppelt bemüht sein müssen, die echte Stärke und werbende Überzeugungskraft des politischen Gegners objektiv zu erfassen, um ihm gegenüber voll gewappnet zu sein. Es ist nicht nur naiv, sondern geradezu lebensgefährlich, einen Widersacher zu unterschätzen oder falsch zu bewerten. Solche vorausgehende Selbstanalyse ist zugleich die natürliche Verpflichtung des Forschers und Lehrers, die seine Kollegen und Schüler zu abwägender Stellungnahme zwingt. Jedermann ist sein eigener Historiker, Kritiker und Prophet.

Diese beständige Selbstkontrolle im Prozeß der Wirklichkeitserfassung wird durch eine zweite weniger sichtbare Schwierigkeit belastet. Alle Sozialbegriffe sind zeitlich und örtlich bedingt und müssen darum von jeder Generation und in jedem Lande stets neu überprüft werden. In dieser Beziehung leiden wir allerdings allzu häufig an einem typischen „time lag“ – einer Zeitverzahnung. Obwohl der Politik von ihren großen Repräsentanten die stolze Aufgabe zugeschrieben wird, bahnbrechendes Vorausdenken zu sein, reflektiert ihre Realität oft das genaue Gegenteil. Wie es mit anerkannten militärischen Strategien und geltenden Verfassungen meist geschieht, so hinken auch politische Theoreme oft um Jahrzehnte nach. Das 20. Jahrhundert ist gewiß keine Ausnahme. Wie treffend wurde von der Schlacht bei Jena berichtet, daß es der Sieg Napoleons war über die Armee Friedrichs des Großen – um 20 Jahre veraltet.

Die wirkliche Verfassung, wie Lassalle einst das Parallelogramm der sozialen und politischen Kräfte bezeichnete, wird selten von der geschriebenen Konstitution erfaßt, die allzu häufig die letzte und nicht die gegenwärtig drohende Krise beantwortet. Und selbst wenn die Weimarer Verfassungsväter umsichtig die westlichen Vorbilder in Betracht zogen, so sahen sie nur fiktive Konstruktionen einer inzwischen radikal gewandelten anglo-amerikanischen Verfassungswirklichkeit. Dies führte zu bedenklichen Fehlschlüssen.

Um ein gegenwärtiges Beispiel anzuführen: Wir leben im wesentlichen noch mit dem romantischen Revolutionsbegriff der 19ten Jahrhundertmitte und sind darum allzu häufig in unserer Strategie hoffnungslos veraltet. Das weittragende

Geschick des tschechoslowakischen Umbruchs von 1948 ist ein tragischer Beweis, wie gefährlich solche Überalterung sein kann. Die historische Spannung zwischen theoretischer Formulierung und Wirklichkeitserfassung zu überwinden und beide Dimensionen in zeitgemäßen Einklang zu bringen, wird damit viel mehr als eine wissenschaftliche Klarstellung, nämlich eine vordringliche praktische Notwendigkeit für eine schlagkräftige Politik. Es ist eine nimmer endende Aufgabe einer wachsamem Sozialwissenschaft.

Damit berühren wir einen dritten kritischen Punkt der politischen Analyse. Es ist häufig beobachtet worden, daß die Politischen Wissenschaften vornehmlich auf die Beschreibung stabiler Staatsformen und Verfassungsstrukturen und weniger auf die dynamischen Kräfte und Entwicklungsprozesse der Gesellschaft ausgerichtet sind. Allerdings ist in dieser Hinsicht eine radikale, geradezu revolutionäre Wandlung seit kurzem vor allem in den Vereinigten Staaten zu beobachten. Die Begriffsbildung für diese oft schwer bestimmbareren Tendenzen muß notwendig labil, tastend und vorläufig sein, um nützliche Arbeitshypothesen für eine tiefere Durchdringung der sich stets wandelnden Wirklichkeit zu gestatten. Wir sind noch weit von solcher befriedigenden, dynamischen Systematik entfernt. Und doch ist sie doppelt nötig, wenn wir die sich überstürzenden weltweiten Entdeckungen und Beobachtungen sinnvoll einfangen wollen, ohne ihre Materialfülle zu verlieren; denn wirklichkeitsnah wollen wir sein. „Wer auf dem Fußboden schläft, fällt nicht aus dem Bett“ – gemäß dem alten chinesischen Sprichwort.

Idealtypen der politischen Formenwelt können bestenfalls als Momentaufnahmen eines sich stets wandelnden Prozesses und als Modelle für polare Konfrontierungen angesehen werden, zwischen denen sich der Strom der wirklichen Kräfte bewegt. Solche Grenzziehungen, wie heutzutage in der Geographie, beschreiben einen weiten Gürtel der Zwischenbezirke grauer Übergangszonen, mitunter eines Niemandslandes. Eine scharfe politische Analyse muß solcher Nuancierung des politischen Kräftespiels Rechnung tragen und sich nicht mit schematischen Begriffen begnügen, selbst wenn diese Tatsache eine saubere Systematik verwirkt. Dazu ist die Wirklichkeit der Politik zu vielfältig und spannungsreich, und jede Vereinfachung führt nur zu kurzfristigen und demagogischen Strategien.

Um das, was diese lebendige Wissenschaft zu bewältigen hat, zusammenfassend zu deuten, sollte man schließlich auf ihre dreidimensionale Verflochtenheit verweisen. Die politische Gegenwart vollzieht sich gleichzeitig auf drei Bühnen: der internationalen, der nationalen und der persönlichen. Sie sind so eng miteinander verbunden, daß ihre Wechselwirkung zum Schlüsselphänomen der großen Geschehnisse wird. In gewissem Sinne ist es deshalb gleichgültig, an welchem Punkte man eingreift, ob man von dem Primat der Außenpolitik, vom Einfluß der inneren Dynamik der Staaten auf das Weltgeschehen oder von der existentiellen Krise des Menschen ausgeht – man kann nicht umhin, die anderen Kreise einzubeziehen. Alle überkommenen Marksteine der Gebietshoheiten sind zerschlagen. Die sich überstürzende Weltpolitik kann nur noch verstanden werden, wenn man die inneren Sozialspannungen und die Nöte des modernen Menschen in Betracht zieht.

Und der einzelne im Gegenspiel ist so unentwirrbar in die Geschehnisse seiner nationalen und internationalen Umgebung verknüpft, daß sein Schicksal nur aus dem der großen Welt zu begreifen ist.

Alle diese vier Problemkreise finden ihren beispielhaften Niederschlag in dem Zentralthema unserer Vorlesungsreihe: Demokratie im Wandel der Gesellschaft. Es berührt die Kernfrage unserer politischen Existenz und ist darum zu Recht der gegebene Auftakt der Tätigkeit des Otto-Suhr-Instituts.

Die tiefe Verbundenheit, die wir vor allem in diesem Berlin, Vorposten und Brennpunkt des Weltgeschehens, mit der Demokratie empfinden, macht es doppelt notwendig, objektiv ihre Widersacher zu erkennen und in dieser nüchternen Vergleichsanalyse die inneren Triebkräfte, Stärken und Schwächen der gefährdeten politischen Ordnung zu untersuchen.

Um dem Ansturm der gegnerischen totalitären Mächte gewachsen zu sein, muß man sich von neuem darauf besinnen, daß – wie alle Sozialbegriffe – die Demokratie von jeder Generation und in jeder Gesellschaft neu durchdacht werden muß. In der Tat, die Vitalität einer Institution wird an ihrer Fähigkeit bemessen, dem Wandel der Zeiten Rechnung zu tragen und deren dynamische Kräfte in den lebendigen Körper einzubeziehen.

Solcher Anspruch wird doppelt gewichtig in einer Epoche radikaler Umbrüche, und in diesem 20. Jahrhundert – ob wir es mögen oder nicht – sind wir alle zu Kindern und Kreaturen eines Zeitalters der Revolution geworden. Gewiß mag jede selbstbewußte Generation empfinden, daß sie solcher Notzeit radikaler Selbstüberprüfung ausgesetzt ist. Für unser Jahrhundert ist sie eine unleugbare Tatsache. Das Schicksal hat uns wiederum an die historische Ursprungsposition einer echten Politischen Wissenschaft gestellt, in der die Staatsgestaltung sich dem Wandel der Gesellschaft anpassen muß.

In einer solchen Spannungslage muß man besonders darauf bedacht sein, nicht nur die weltbewegenden Prozesse korrekt zu bemessen, sondern selbst vertraute Traditionen und Konzeptionen scharf auf ihre Gegenwartsgültigkeit hin zu prüfen. Der Bestand der Demokratie wird nicht zuletzt von unserer geistigen Beweglichkeit abhängen, historische Vorstellungen abzustreifen und ihre zeitgemäße Rolle neu zu umreißen.

Solche Selbstprüfung unserer Ideenwelt wird gegenwärtig dadurch erschwert und vernebelt, daß wir in diesem Zeitalter des internationalen Bürgerkrieges gleichzeitig im Strome mehrerer und widerstreitender Revolutionen leben, welche die große Welt, die Nation und unsere höchst eigene Existenz zur Probe stellen. Schon vor einem Jahrhundert hat der weise, vorausschauende Schweizer Historiker Jacob Burckhardt festgestellt: „Wenn zwei Revolutionen sich kreuzen, dann frißt die stärkere die schwächere auf.“ Eine umsichtige Analyse unserer Zeit wird die Zahl der ineinander tiefverschlungenen radikalen Umschläge zumindest verdoppeln müssen und zu der demokratischen und nationalen Welle zu Burckhardts Zeiten die kulturelle Emanzipationsbewegung der noch kürzlich kolonialen Welt und die noch dynamischere „Revolution of Rising Expectations“ hinzufügen, die in kürze-

ster Frist des Westens ökonomische Entfaltung und technologische Meisterung der Welt aufholen und möglicherweise überflügeln will.

Die Demokratie muß sich gegenüber diesem vielfältigen Ansturm behaupten und ihre Kräfte neu formieren. Kurzum, sie bedarf mehr als je einer zeitgemäßen Definition ihrer kritischen Problemlage und Richtlinien für eine konstruktive Antwort.

Der Demokratische Dekalog umschließt Imperative, die uns zur Besinnung auf Grundhaltungen aufrufen und deren Nichtbefolgung weittragende Konsequenzen zeitigt. Richtungsgebend und warnend zugleich dienen sie uns als Einführung in Probleme, die uns auf den Nägeln brennen – als Forscher, Lehrer und Staatsbürger.

Durch eine kontrastierende Gegenüberstellung zur totalen Staatsgesellschaft und ihrer bewußt verwirrenden Benutzung gleichklingender Begriffe versucht diese Analyse, Grundkategorien eines Idealtypus hervorzuheben, die es uns ermöglichen, die konkreten Variationen der wirklichen Staatsgestaltungen mit ihren reichen Zwischenschichten schärfer zu bestimmen und damit die drängenden Aufgaben, zukunftstragenden Versprechungen und stets gegenwärtigen Gefahrenherde der modernen Demokratien klarer zu beleuchten.

Die Kategorisierung der Demokratie folgt einer dreifachen Ausrichtung: politisch, soziologisch und ideologisch. In ihrer politischen Ortsbestimmung fragt sie nach dem Ursprung und Ausmaß der Macht in dem Staatsgefüge. Sie versucht daraufhin, zu den zugrundeliegenden Gesellschaftskräften vorzustoßen, indem sie die bestimmte Rolle von Führung und Massenschichten demonstriert. Schließlich fragt sie nach der geistigen Orientierung des Menschen auf internationaler, nationaler und persönlicher Ebene, um damit seine entscheidenden Bindungen zu Staat und Gesellschaft aufzudecken.

Die moderne Demokratie ist gewiß nicht, wie es die Wörterbuch-Definition wahrhaben will, vollgültig durch die „Herrschaft des Volkes“ umschrieben, ebenso wenig wie die gegenwärtige Diktatur als einzigartige „Autoritätsgewalt eines einzelnen“ definiert werden sollte. Und trotzdem kann man als erstes demokratisches Merkmal die typische Verfassungsformel anführen: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Was auch die Methode solcher Volksbefragung sein mag, direkt oder indirekt, parlamentarisch oder plebiszitär, die Legitimierung der Machthaber hängt in letzter Instanz von der Zustimmung der Staatsbürger ab. Und da diese Befugnis stets abrufbar und in ihrer Machtausübung beschränkt ist, ist sie klar von moderner Totalitätsherrschaft abgesetzt, die prinzipiell unbegrenzt in Zeit und Raum ist. Mit solcher Konfrontierung berühren wir allerdings bereits kritische Probleme der Demokratie.

Hier ist nicht der Platz, die substantielle Diskussion um diese Schlüsselfragen der Repräsentanz und ihrer Beziehung zum sogenannten Volkswillen auch nur anzudeuten, die seit Jahrzehnten in der Politikwissenschaft vorgegangen ist und in die sich nunmehr auch die wiedererweckte deutsche Disziplin erneut einschaltet.

Betont sei nur, daß interessante Machtverschiebungen zwischen präsidentialen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften durch die Zeiten in jeder



lebendigen Demokratie zu beobachten sind. Sie können geradezu an dem bewegten Schicksal und der wechselnden Popularität der klassischen Studie Woodrow Wilsons „Congressional Government“ abgelesen werden. 1884 veröffentlicht, zur Zeit des Tiefstandes der Exekutivmacht zwischen Lincoln und Cleveland, stellte Wilson seine eigene These in Frage um 1900 (in der 15. Auflage seines Buches) und lehnte sie insgesamt ab in seinem späteren Werk „Constitutional Government in the US“ (1908) – in Vorbereitung seiner eigenen präsidentiellen Stellung. In Zeiten schwacher Präsidialführung wurde das Buch in der kürzlich vergangenen Phase wieder recht populär, während es gegenwärtig wiederum in den Hintergrund getreten ist.

Tatsache bleibt: Die balancierende Aufgabe der Gewaltenteilung zwischen Regierung, Parlament und richterlicher Befugnis, mißverstanden wie sie auch oft sein mag als das Erbe John Lockes und gewiß voller Spannungen in ihrer amerikanischen Wirklichkeit, ist eine eindrucksvolle Institutionalisierung der Verhütung ständig drohender Macht-Usurpation von seiten der herrschenden Elite. In der Komplexität des modernen Staates und seiner maßlos ausgeweiteten Funktionen wird eine solche Aufspaltung zur Notwendigkeit, wenn man zum Beispiel das Parlament nicht ungebührlich überlasten und in seiner Leistungsfähigkeit ersticken will. Delegierte Gesetzgebung (vornehmlich in Großbritannien praktiziert) ist ein moderner Lösungsweg. Sie überläßt dem Parlament die wesentliche Rahmensetzung und Kontrollfunktion, ohne die vordringliche tägliche Gesetzgebung zu verzögern. Die tragische Geschichte Weimars gibt das warnende Exempel einer bis zur Selbstzerstörung mißverstandenen Übertreibung des Begriffs der parlamentarischen Gesetzgebungsfunktion und zugleich einer unglücklichen Verknüpfung mit plebiszitären Elementen der Demokratie, von der Rolle des Reichspräsidenten bis zur scheinbar demokratischen Institution des Volksentscheids, der unter bestimmten Bedingungen durch seine einseitige Formelhaftigkeit in dem hochdifferenzierten industriellen Massenstaat in Wahrheit gerade zur Zerstörung der Demokratie beitragen und zum Durchbruch demagogischer Kräfte führen kann und geführt hat.

Viel wesentlicher für eine substantielle Anteilnahme des Volkes ist das zweite demokratische Prinzip der freien Wahl von Alternativen. Wiederum im Gegensatz zu dem totalitären Einparteien-Staat, der selbst in seinen dekretierten Wahlen einer einzig gültigen Staatsliste dem Staatsbürger keine freie Entscheidung überläßt, konfrontiert die Demokratie ihre Wähler mit mindestens zwei Eliten-Gruppen, die in ihrem offenen Wettbewerb um die Führung ihre höhere Qualität beweisen müssen. Während häufig der Wesenspunkt der Demokratie in ihrer Mehrheitsentscheidung gesehen wird, ist es für die Lebensfähigkeit des Systems viel ausschlaggebender und charakteristischer, daß das Recht der Minoritäten garantiert wird. In dieser Weise ist nicht nur ein Wechsel der Oligarchien ständig möglich, sondern selbst in ihrer Opposition ist die gegenwärtig benachteiligte Gruppe mit ihren legitimen Ansprüchen in das System zur Genüge eingefügt.

Eine weise demokratische Regierung wird gewiß die zugkräftigen Ideen der

Opposition absorbieren und oft zum großen Bedauern ihrer politischen Gegner in das eigene Programm einbeziehen. Die Geschichte der britischen und amerikanischen Demokratien weist viele Beispiele solcher Assimilierung neuer Ideen auf (die Rolle der dritten Parteien, der Reformbewegungen um die Jahrhundertwende, sowie der Sozialisten um Norman Thomas in den USA, wie der Liberalen in Großbritannien, beschränkt sich fast ausschließlich auf diese Funktion der Ideenschöpfung). Natürlicherweise bedeutet solche Vorwegnahme konstruktiver Gegenschläge und die damit verbundene Herrschaftsverlängerung für die machthungrige Opposition mancherlei Enttäuschung und Verbitterung. Man mag gegenwärtig in der Tat in westlichen Ländern in der übermäßig ausgedehnten Machtposition und Selbstidentifizierung der Regierungspartei mit dem Staate manche Gefahren sehen, die zur Schwächung des politischen Elans und teilhaftiger Verantwortung der Opposition führen. Denn es ist zweifellos eine wichtige Aufgabe, obwohl keine angeborene Tugend der Regierungspartei, die Opposition nicht in hoffnungslose Apathie zu treiben und statt dessen dem politischen Gegner eine gebührende Stelle einzuräumen. Die Lebensfähigkeit der Demokratie hängt nicht zuletzt davon ab, eine verantwortungsbewußte Alternativführung in das System einzubauen.

Die Rolle der Opposition ist in der Tat ein viel zu vernachlässigtes Thema der politischen Forschung, obwohl W. Ivor Jennings (und andere Gelehrte mit ihm) „Her Majesty's Opposition“ mit Recht als die wichtigste Institution im Parlament ansieht. Wachsame Kontrolle der Regierung und Hüter des ungehinderten demokratischen Prozesses, reflektierte ihre Wirksamkeit einen Wesensbegriff der modernen Demokratie: die Idee des Ausgleichs.

Vor mehr als drei Jahrzehnten hatte die erste Deutsche Hochschule für Politik die Dringlichkeit einer Vollbewertung des Konzepts des Ausgleichs erkannt und zum Thema einer gedankenvollen Vorlesungsreihe gemacht. Wie zeitgemäß und – wie wirkungslos war dieser Versuch in einer Atmosphäre des Bruderkampfes am Vorabend der langen Nacht der deutschen Demokratie. Stattdessen wurde die Idee des Ausgleichs zum kompromittierenden Kompromiß degradiert, als Verrat an der reinen, absoluten Wesensidee von der Hand geschäftigter und gesinnungsloser Bonzen. Politik war schlechtweg kein ehrbares Gewerbe für den soliden Bürger, der sie damit den wahrhaft skrupellosen Elementen überließ und einen schweren Preis dafür bezahlte.

Politik als die „Kunst des Möglichen“, wie die englische Formel sie umschreibt, setzt eine diametral verschiedene Konzeption voraus. Kompromiß wird demgemäß seit Benjamin Franklins Tagen als eine besondere demokratische Tugend gerühmt, die mit dem Bekenntnis, daß der Gegner möglicherweise im Recht sein mag, seinen Entscheidungsanteil respektiert. Dies ist die Richtschnur einer erwachsenen politischen Haltung, weit entfernt von der eines ewig jüngerhaften, romantischen Kampfrufs: „Zum Hassen und zum Lieben ist alle Welt getrieben. Es bleibt uns keine Wahl, der Teufel ist neutral.“ Tatsächlich geht es hierbei gar nicht um Neutralität, sondern um wirksame Selbstbehauptung in der Begegnung mit einem respektierten Gegner.

Solch ein freies Zusammenspiel setzt allerdings einen weiteren Schlüsselbegriff voraus, die Idee des Consensus, der jenseits aller politischen Gegensätze den substantiellen und unbezweifelten Bestand der Staatsgemeinschaft anerkennt. Wo immer diese Gemeinschaft geschwächt und in ihrer Verbindlichkeit angezweifelt wird, ist der demokratische Staat zutiefst bedroht. Unsere ernste Besorgnis um die innere Stabilität des heutigen Frankreich, wovon wir von einem seiner schärfsten Beobachter mehr hören werden, ist nicht zuletzt darauf basiert.

Diese politischen Voraussetzungen deuten schon darauf hin, daß die Demokratie kein einfaches Regierungssystem ist, und daß, wo immer sie in Gefahr ist, Ursprung und Lösungen in tieferen Schichten als in den gewiß symptomatischen Phänomenen der Apparatur zu suchen sind.

Hier tritt der enge Zusammenhang zwischen Verfassungsstruktur und Gesellschaftswandel zutage und zugleich die oft unzeitgemäße Definition der Demokratie in unserer Epoche. Im Grunde leben wir noch von der Begriffssubstanz des frühen 19. Jahrhunderts, als die jungen demokratischen Kräfte eines stolzen Bürgertums von „Besitz und Bildung“ die absolute Monarchie angriffen und im unerschütterlichen Fortschrittsglauben an die natürliche Ausweitung dieser beiden Qualitäten auf das Gesamtvolk die demokratische Zukunft garantiert sahen.

Die Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts sieht ganz anders aus. Sie kann gewiß nicht durch nostalgische Rückschau auf eine halbyonische Biedermeierzeit gemeistert werden. Die Antwort beruht auch nicht auf der eindrucksvollen, jedoch resignierenden Formel des spanischen Kulturphilosophen Ortega y Gasset, der in dem Aufstand der Massen mit tiefer Verzweiflung die Verdrängung der wirklich großen Protagonisten durch die einst schweigsamen Statisten von der Weltbühne registriert.

In diesem Massenzeitalter muß das Problem der Führung und der Volksbeteiligung neu durchdacht werden, wenn die Demokratie Bestand haben will. Wo es ihr nicht gelingt, wird das Vakuum schnell durch kurzschlüssige demagogische Scheinlösungen überbrückt.

Führung ist ein dritter Wesensbestandteil der fungierenden Demokratie. Nur ein Zeitalter, das gegenüber dem arroganten Machtanspruch der „großen Vereinfacher“ (wie wiederum Jacob Burckhardt so treffend das Kommen der modernen Demagogen-Verführer um ein Jahrhundert voraussah), sein Selbstvertrauen verloren hatte, konnte den törichten Gedanken einer „führerlosen Demokratie“ erfinden. Oder wie der unglückselige, kurzlebige sächsische Ministerpräsident Zeigner in kritischer Stunde entschuldigend sagte: „Ich war ihr Führer, und darum mußte ich ihnen folgen.“ Wie jedes politische System bedarf die Demokratie verantwortungsvoller Führung. Eingedenk ihrer politischen Voraussetzung ist die Führung jedoch in der Demokratie institutionell eingebaut in Auswahl, Amt und Ausmaß ihrer Machtposition und darum differenziert je nach der verfassungsmäßigen Struktur jedes Landes und seines spezifischen Schlüssels der Machtverteilung. Solange der demokratische Führer an der Macht ist, muß er sie jedoch auszuüben wissen, und die eindrucksvollen und oft dramatischen Leistungen (vor allem in



Notzeiten) des amerikanischen Präsidenten, des britischen Premierministers, der französischen und deutschen Staatsführer illustrieren die vielfachen Möglichkeiten des Ineinanderspielens der Institutionen.

Demgegenüber kommt der demagogische Führer der Diktatur zum Durchbruch, wo Institutionen die Sozialkrise nicht meistern oder wo sie überhaupt keine Wurzeln fassen konnten. Der Diktator ist eine Ersatzinstitution. Der Ruf nach dem starken Mann ist ein bedrohliches Zeichen, daß Staatsorgane und Parteiprogramme versagt haben.

Diese Betonung der institutionellen Verwurzelung bedeutet allerdings nicht, daß in der modernen Massengesellschaft selbst die demokratischen Machthaber ohne ein gewisses charismatisches Element auskommen können. Der Niedergang und Zusammenbruch der Weimarer Republik mag nicht zum geringen Teil durch den Mangel solch dramatischen Aufrufs beschleunigt worden sein.

Dieser menschliche Ansporn fehlte nicht weniger in der zweiten Führungsschicht, die allzusehr von grauem Bonzentum bestellt wurde. Obwohl von der Forschung allzusehr vernachlässigt, ist dieser Unterbau des Führungsstabes der wirkliche Lebensnerv der politischen Systeme. Und das gilt selbst für die angebliche Einzelherrschaft der Diktatur. Hier wird auch deutlich, daß die demokratische Führung auf eine stete Einbeziehung der Interessengruppen bedacht sein muß, und selbst der mächtige amerikanische Präsident muß eine stets prekäre Balance zwischen Regierung, Parlament und den Sozialkräften des Nationalstaates herstellen.

Nicht daß selbst die moderne Diktatur, vor allem in ihrer Entfaltung in hoch-industrieller Gesellschaft, solche Kräfte auf lange Sicht vernachlässigen könnte. Hier mag nur vorweg gesagt werden: Trotz der schillernden Formen von Chruschtschows „Collegialsystem“ gegen Stalins „Persönlichkeitskult“ (gewiß erscheint ein solches Schlagwort nützlich und notwendig in diktatorischen Übergangszeiten und möglicherweise in fortgeschritteneren Stadien des Systems) – in letzter Beziehung ist des Diktators Macht dennoch persönlich und nicht institutionell, und sie ist unbegrenzt, solange nicht ein Stärkerer ihn völlig ausschließt. Seine Macht beruht nicht zuletzt darauf, daß er die im Wettstreit befindlichen Pyramiden der Partei, Verwaltung, Armee, Polizei, Wirtschaft und Wissenschaft gegenseitig auspielen und willkürlich in ihr Machtgefüge eingreifen kann. Purges, unvorhersagbare Absägungen des Führungsstabes, sind ein Wesensbestandteil des Systems. Und ihre Opfer können kaum auf eine nächste Chance hoffen und gewiß nicht in der Zwischenzeit durch die Formierung einer Gegenpartei Anhänger gewinnen. Sie dürfen nicht einmal Bücher schreiben (Djilas). Und wenn diese zeitweisen Machthaber ihre Stellung verlieren, bricht mit ihnen die Pyramide ihrer ganzen Gefolgschaft zusammen, da sie auf das falsche Pferd gesetzt hatte. Die stets gegenwärtige und unberechenbare Unsicherheit der Totalitätsherrschaft hat tiefe Rückwirkungen auf den diktatorischen Alltag im Gegensatz zur demokratischen Lebensatmosphäre.

Diese Tatsache wird durch das vierte Element unseres Dekalogs beleuchtet. Die

Demokratie beruht auf garantierter Rechtsordnung gegenüber dem dekretierten Maßnahmenstaat des diktatorischen Systems. In der Tat, dies war der ursprüngliche historische Ansatzpunkt eines unternehmenden jungen Bürgertums, das gegenüber der Willkürherrschaft des absoluten Monarchen voraussehbare und damit in ihren Konsequenzen berechenbare Maßregeln forderte. Hieraus erwuchs der moderne Verfassungsstaat, der in der Gleichheit vor dem Gesetz die Würde des Menschen und der Staatsordnung verbürgt und durch die parlamentarisch kontrollierte Gesetzgebung täglich bestätigt.

Gleichheit vor dem Gesetz ist ein demokratisches Grundrecht und gibt dem Staatsbürger das Vertrauen, selbst unerwünschte Gesetzgebung wirkungsvoll durch die Volksvertretung und direktere Aktionen zu wandeln. Ein Schritt weiter geht der überaus anspruchsvolle Vorstoß, selbst die gegebene Wirklichkeit durch vorwegnehmende Rechtssetzung zu ändern. Ein solcher kritischer Versuch wird gegenwärtig für die problemgeladene Negerfrage in den Vereinigten Staaten unter der Führung des Obersten Gerichtshofes und mit allem Nachdruck der Regierungsorgane angestrebt. Trotz solcher oft schmerzlichen Eingriffe in althergebrachte, tief verwurzelte Gebräuche mag auf diese Weise die Rechtsprechung einen bisher überaus langsamen Prozeß beschleunigen und damit einen radikalen Gesellschaftswandel zum Durchbruch bringen.

Staatsgestaltung und Gesellschaftswandel in täglichen Einklang zu bringen, obliegt im besonderen dem fünften Element des demokratischen Dekalogs, der politischen Partei, zumindest in den entwickelten Staaten des Westens. Diese entscheidende Institution – Lebensnerv der modernen Politik – hat kürzlich in der internationalen Forschung erneute Beachtung gefunden (woran ich mich selbst nicht ganz unschuldig fühle). Sie ist nicht nur oberflächlich abwertenden populären Schlagworten entgegengetreten, sondern hat auch ernsthaftere, geradezu klassische Formeln wie Robert Michels' „Eisernes Gesetz der oligarchischen Tendenzen“ in Frage gestellt. Hiermit ist gewiß ein weites Feld konkret wissenschaftlicher Durchdringung eröffnet worden.

An dieser Stelle soll nur ein meist vernachlässigter Faktor hervorgehoben werden, der für unser Thema von besonderem Gewicht ist. Politisch werden die Parteien nicht nur durch ihre Organisation, Programmatik und ihr bewußtes „Streben nach Machtanteil“ (in der bekannten Max Weberschen Definition), sondern noch mehr durch die Erfüllung ihrer wesentlich politischen Funktion, die Integrierung ihrer Anhänger in das Staatsganze. Gewiß ist es die Aufgabe der Parteien in Lord Bryces Worten als „Makler der Ideen“, die unendlichen Variationen der Entscheidungsmöglichkeiten auf wenige Hauptnenner und damit politisch wirksame Alternativen zu reduzieren. Jedoch über solche Repräsentierung bestimmter Gruppenforderungen im politischen Forum hinaus haben die Parteien die vielleicht noch wichtigere Aufgabe, diese speziellen Belange durch ihre balancierende Einbettung in die staatliche Gesamtordnung einzubauen. Diese Transformierung des isolierten Wählers in ein zoon politikon oder (in moderner Terminologie) seine Integration in den Staat, die ihn erst zum bewußten Staatsbürger macht, bleibt

eine Grundverpflichtung jeder echten Partei, auch wenn sie solche politische Verantwortung in ihrer täglichen Praxis oft vernachlässigen mag und manche sogenannte Partei sie niemals praktiziert.

Diese Wesensaufgabe ist es, die die Parteien von den pressure groups abhebt. Wenn und wo es ihnen nicht gelingt, läuft der Staat die Gefahr eines Zerfalls in einen Neo-Feudalismus mächtiger Interessentengruppen. Und wo die Parteien nicht zu dieser politischen Erziehungsaufgabe gegenüber ihrer Gefolgschaft bereit sind, müssen andere Institutionen der Bürokratie, Armee, Kirche, Ortsgemeinde und der nachbarlichen Stammesgruppe oft in die Bresche treten. Die Entwicklungsländer liefern uns vielerlei Beispiele solcher Hilfsinstanzen; allerdings auch erschütternde Illustrierungen ungenügsamer Ersatzleistungen, die dringend auf die schließliche Entfaltung eines verantwortlichen Parteiwesens hoffen lassen. Der Mangel oder Fehlschlag solcher notwendigen Integration gibt das Warnsignal für eine radikale Nationalkrise. Das Schicksal der ersten deutschen Republik demonstriert in erschütternder Weise diesen Sinn und zuweilen Unsinn der politischen Parteien.

Ehe wir die Konsequenzen und Krisenelemente der Parteien für die sich wandelnde Gesellschaft berühren, sollte ein sechstes Merkmal der modernen Volksregierung angeführt werden: der Pluralismus des demokratischen Alltags. Eine demokratische Gesellschaft ist weit mehr als eine politische Ordnung, in der das Volk von Zeit zu Zeit zur Wahl aufgerufen wird. Wenn diese seltene Gelegenheit der aktiven Teilnahme ihr Hauptmaßstab wäre, dann wäre es um manche Demokratie mit niedriger Wahlbeteiligung schlecht bestellt, und Diktaturen mit geradezu 100% erzwungener Teilnahme wären die „wahren Demokratien“. Was das demokratische Klima einer Gesellschaft bestimmt, ist vielmehr, daß solche aktive Beteiligung in den vielfältigsten Gruppen ausgeübt und auf die persönlichen Gemeinschaften ausgedehnt wird, wo sie in der Tat in der Lokalgemeinde, Kirche, Nachbarschaft, Schule und unzähligen Vereinen viel bedeutsamer und wirksamer wird. Vor allem ist durch diese freie Entfaltung und selbst Spannung vielfältiger Aktivitäten statt diktatorischer Gleichschaltung jedem die Freiheit der Teilnahme und Differenzierung garantiert. Diese Tatsache gibt dem demokratischen Staatsbürger das Gefühl der Zugehörigkeit, vitaler Anteilnahme und gleichzeitiger Unabhängigkeit. Auch hier sind allerdings in der gegenwärtigen Massengesellschaft manche Gefahrenherde zu beobachten, vor allem wo die Großstadtnivellierung natürliche Bindungen von Familien und Nachbarschaft zerstören und eine wache, unternehmungsbereite Gesellschaft neue Formen der Sozialbindungen schaffen muß, was jedoch nicht immer gelingt.

Und damit berühren wir das wahrscheinlich kritischste Element der soziologischen Anforderung an die moderne Demokratie. Schon Bagehot hat in seinen berühmten Thesen den Ausspruch postuliert, daß neben anderen offensichtlichen Bedingungen vor allem keine wesentliche Sozialgruppe von der Machtbeteiligung ausgeschlossen sein darf. Und diese Gefahren sind besonders bedrohlich, wenn eine Gesellschaft im radikalen Umbruch begriffen ist. Wenn man einen einzelnen Faktor für die Krise der modernen Demokratie anführen sollte, so müßte man ihn wahr-

scheinlich in der Entwicklung von wesentlichen Gruppen suchen, die nicht in die Sozialordnung eingebettet werden können. Solche Krisenschichten sind in der Tat das Rohmaterial und die Massenbasis für den erfolgreichen Durchbruch des totalen Staates, der in der gleichgeschalteten Organisation amorpher Massen seine schließliche Konsolidierung findet.

Was auch immer die spezifischen sozialen Gefahrenherde in der Demokratie sein mögen: ein durch Kapitalkonzentration, Inflation oder Depression radikal erschüttertes Bürgertum, eine zutiefst unbefriedigte Angestelltenschaft, eine wurzellose Arbeitslosenmasse, eine Bauernschaft ohne Hof und Haus, heimatlose Flüchtlinge oder die ewig kämpfenden Irregulären der kriegerischen Jungmannschaft, die von den Schlachtfeldern zurückkehrten und nie den Weg nach Hause fanden, um zu den maßgebenden Fürsprechern einer permanenten Revolution zu werden – was diese höchst diversen Gruppen zusammenbringt, ist die bittere Tatsache, daß sie nicht in den lebendigen Staat integriert wurden oder werden konnten und darum schließlich aus Verzweiflung, Trotz und tiefem Unmut sich einer neuen unbekannteren und darum vielversprechenden Gesellschaft mit Haut und Haaren verschrieben.

Dabei ist es allerdings für die Demokratie entscheidend, daß dieser Auf- und Loslösungsprozeß nicht von ungefähr über Nacht geschieht und daß solche langsame Aushöhlung der Gesellschaftsordnung einer wachsam politischen Führung die Aufgabe und Möglichkeit bietet, die entwurzelten Massenschichten wieder einzufangen, bevor sie endgültig abgewandert und mit demagogischen Versprechungen in die totale Zwangsordnung des Garnisonstaates eingeschmolzen sind.

Die lebendige Demokratie ist mehr als eine Staatsordnung prekärer Machtbalancierung politischer Institutionen und dynamischer Gesellschaftskräfte. Sie ist darüber hinaus eine Idee, die dem Menschen richtunggebend in allen Dimensionen seiner Aktivität sein muß. Solche ideologische Ortsbestimmung der letzten drei Punkte unseres Dekalogs zeigt vielleicht am deutlichsten, wie sehr diese schwierigste aller Staatsverfassungen gegenwärtig neuen Spannungen und Ansprüchen ausgesetzt ist.

Die internationalen Krisen, die sie überkommen muß, scheinen heutzutage die dringendsten Probleme zu präsentieren. Während ihre eigene politisch-soziale Fundierung klar auf eine Weltgestaltung hinzielt – in Übertragung ihres inneren Lebensprinzips –, die eine pluralistische Völkergemeinschaft von frei agierenden Staaten im Rahmen einer respektierten Rechtsordnung zum dynamischen Ausgleich zu bringen sucht, ist die Wirklichkeit mit geradezu übermenschlichen Schwierigkeiten belastet.

Dies gilt nicht nur für den allgegenwärtigen, dominierenden und scheinbar unüberbrückbaren Dualismus des sogenannten demokratischen und totalitären Blocks. Vielleicht noch größere Anforderungen der Neuorientierung sind durch die unserer Themenreihe zentraleren Umbrüche kontinentaler Transformierungen diktiert.

Das phänomenale Erwachen der Entwicklungsländer erfordert für die Demokratie eine notwendige Distanzierung von einer imperialistischen Vergangenheit. Wenn auch deren Ertrag sich in historischer Perspektive keineswegs so negativ und

erfolglos erweisen wird, wie er von kommunistischer Ideologie propagandistisch gebrandmarkt und in ihre weltumspannende Strategie der koordinierten Revolutionen eingespannt wird – in den Augen der kürzlich „befreiten“ Völker ist die Demokratie allzuhäufig schlechthin mit „kolonialer Ausbeutung“ identifiziert. Demgegenüber können sich die Sowjetunion und Rot-China trotz ihres eigenen oft tiefergreifenden Neo-Imperialismus als eindrucksvolle Vorbilder einer beschleunigten Transformierung von hoffnungslos rückständiger Wirtschaftsordnung zu hochentwickelter Industrialisierung und technologischen Durchbrüchen von dramatischer Weltraumbewältigung präsentieren. Und für eine Entwicklungsnation voll außerordentlicher Erwartungen und mit äußerst beschränkten Mitteln an trainierten Menschenkräften und dringend benötigten Rohmaterialien und Kapitalbasen – ganz zu schweigen von bedrohenden Bevölkerungsexplosionen – erscheinen die demagogischen Versprechungen einer zentral dirigierte Totalitätsherrschaft recht verführerisch. Demgegenüber befindet sich die traditionelle Demokratie in ihrem bedachtsamen Prozeß des institutionellen Wachstums und umsichtig trainierten Expertenstabes hoffnungslos im Hintertreffen. Obwohl ein weitverbreiteter Pessimismus nicht ganz am Platze ist, müssen gewiß die Demokratien gegenüber diesen neuen Aufgaben ihren oft verschütteten Erfindergeist wieder anfachen und die Vitalität ihrer Ideen zur Probe stellen. Selbst wo es ihnen gelingt, sich in diesen Prozeß wirksam einzuschalten, ist eine Warnung am Platze. Der erfolgreiche Durchbruch wirtschaftlicher Entwicklung mit ihren begleitenden rationalen Techniken und Leistungsprinzipien bedeutet keineswegs die automatische Übernahme solcher Grundhaltungen im politischen Prozeß einer maßvollen Volksbeteiligung und Zivilverantwortung. Solche Modernisierung kann in keiner Weise mit Sicherheit erwartet und bestenfalls auf lange Sicht erreicht werden.

Mehr Hoffnung mögen die westlichen Demokratien in ihren eigenen Bemühungen überstaatlicher Formierungen registrieren. Auf diesem Gebiet sind gewiß, vor allem in Westeuropa, unerwartete Fortschritte zu verzeichnen. Jedoch die entscheidenden Wendungen erfordern eine geistige Neuorientierung, die nicht in Kurzschlüssen erfolgen kann. Es geht im Grunde um die Entwicklung ganz neuartiger Bindungen über traditionelle Vaterlandsliebe hinaus. Rationale Erkenntnisse der praktischen Vernunft reichen dazu nicht aus. Solche Wandlungen bedürfen gemeinsamer Schicksalserfahrungen und nicht zuletzt geraumer Zeit, um tiefere geistige Neuverpflichtungen einzugehen.

Dasselbe gilt für notwendige innere Umstellungen auf nationalem Gebiet. Hier wiederum haben sich die demokratischen Ideen des 19. Jahrhunderts als ungenügend erwiesen. Wir sind weit entfernt von Humboldts Nachwächterstaat oder der Laissez-faire-Gesellschaft in unserer Entwicklung zur sozialen Marktwirtschaft und dem Welfare-State. Der Staat muß um des Individuums Sicherheit und Wohls willen tief in den Alltag hineingreifen, wenn er die Gefahren aufziehender Krisenschichten der Gesellschaft meistern und damit die immer bereiten Ausbeuter ihrer Nöte bannen will.

Solche unerhörte Erweiterung der Funktionen schafft die vieldiskutierten und



allgegenwärtigen Probleme einer sinngemäßen nationalen Planung, einer verantwortlichen Verwaltung, eines ganz neuen Verhältnisses von Führung und Masseneinsatz, einer Neuordnung unserer politischen Institutionen – Regierung, Parteien, öffentliche Meinung. Wir müssen dafür demokratische Antworten finden – keinen Leviathan Incorporated oder die Friedhofsordnung des Garnisonstaates –, kurzum, eine Gesellschaftsordnung, die soziale Sicherheit verspricht, ohne individuelle Initiative und freiheitliche Verantwortung zu ersticken.

Althergebrachte Ideologien des Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus müssen neu durchdacht werden, wenn sie wirksame Richtlinien für unsere Verhaltensweisen in dieser radikal verwandelten Gesellschaft bieten sollen. Und damit erreichen wir das letzte und für die Demokratie vitalste Element: den menschlichen Einsatz. Dies bringt uns zu unserem ursprünglichen Ansatzpunkt zurück, die letztlich persönliche Basis der politischen Entscheidung in der Demokratie, womit sich der Kreis ihrer substantiellen Definition schließt.

Denn dies ist ihr Alpha und Omega: das Vertrauen in des Staatsbürgers Fähigkeit, zwischen dem Guten und dem Bösen zu wählen. In der klassischen Formulierung von Dostojewskis Großinquisitor zutiefst angegriffen, hat dieser Glaube in unserer Zeit schwere Erschütterungen erlebt – nicht nur in dem Frontalangriff der Lebensphilosophie gegen einen naiven Rationalismus des 19. Jahrhunderts, sondern noch mehr in den bitteren Erfahrungen demagogischer Massengefolschaft, die der Sicherheit des Wunders, des Geheimnisses und der Autorität leichtfertig ihre persönliche Freiheit opferte. Auch nach dem Zusammenbruch kontinentaler Totalitätsherrschaft und vielleicht selbst noch dringlicher gegenüber der differenzierten Machtausdehnung des Sowjet-Blocks ist die Frage nach der menschlichen Kapazität, die gegenwärtige Weltkrise zu meistern, nicht mehr zur Ruhe gekommen. Hier, und hier vor allem – nicht in ökonomischen Versprechungen und militärischer Macht – ist in der Tat die Einbruchsstelle totaler Vorstoßmöglichkeiten in der westlichen Welt zu suchen. Die Erschütterung des allumfassenden Vernunftglaubens, die menschliche Vereinsamung in der modernen Massengesellschaft, die Entfremdung von echter beruflicher Erfüllung und traditionellen Gemeinschaftsbindungen, Ordnungen und Ideenkreisen, totale Kriege und Revolutionen, die Unmenschlichkeit der Endlösung und des drohenden Atomtodes, die tiefe Schuld und große Angst scheinen keine Maßstäbe menschlicher Verhaltensweisen mehr für uns zu lassen. Gegenüber solch radikaler Zerstörung der großen Welt bleibt kaum etwas anderes übrig, als sich auf die innere Substanz individuellen Bewußtseins zurückzuziehen, um die Kraft der Selbstbehauptung zu gewinnen – eine letzte Verteidigungslinie und Instanz der Lebensbejahung.

Und dennoch kann der Mensch nicht ohne Sozialbindungen leben. Nichts fürchtet er mehr als die Einsamkeit. Darum kann solch ein Rückzug auf das Selbst ihm auf lange Sicht nie geben, was er zuinnerst braucht: das elementare Gefühl der Zugehörigkeit, geborgen und benötigt zu sein, und eine unerschütterte Bindung über die eigene Existenz hinaus. Dies allein kann in ihm Selbstvertrauen und Sinngebung des Lebens stets erneuern. Die totalen Mächte – und täuschen wir uns

nicht darüber hinweg – finden ihren stärksten Appell in ihrer Mission, die heute ihrem Genossen bestimmte Aufgaben in seiner Gesellschaft setzen und morgen ihm die Welt versprechen.

Jedoch die Wahl ist nicht zwischen falsch gestellten Alternativen von absoluter, totaler Staatsverpflichtung und absolut freischwebendem Individualismus. Zoon politikon, der er ist, findet der Mensch seine eigenste Erfüllung und Befreiung in seiner maßgebenden Rolle in der Gesellschaft. Er will ein Sozialindividuum sein. Die Größe der Demokratie ist, daß sie ihm solche Möglichkeiten der gleichzeitigen Freiheit und Verpflichtung in täglicher Bewährung eröffnet und ihn damit zu einem wertvolleren Menschen macht.

Jede Generation und jede Gesellschaft muß ihre eigenen fruchtbaren Wege der Erfüllung finden und damit die Probleme der Welt des Staates und des Menschen erneut in Angriff nehmen. Die Demokratie beginnt daheim und in unserer eigenen Existenz.

Und wenn ich als ein „ewiger Student“ des Generationsproblems mir ein vor-eiliges Urteil erlauben darf, so möchte ich doch sagen, daß mir die gegenwärtige junge Generation – hier und überall in der mir bekannten Welt – viel vielversprechender erscheint als ihre Vorgänger, einschließlich meiner eigenen.

Vor allem scheint sie mir weder utopischen Welterwartungen noch ihrem Gegenstück auf gleicher Ebene, der zynischen Verzweiflung, zu verfallen, die beide den Anforderungen der komplizierten und anspruchshlegenden Gegenwart ausweichen. Statt dessen sehe ich weitgehend einen freudigen Wirklichkeitssinn, der sich im Alltag der demokratischen Bewährung erfüllen will und mit Geduld und Ausdauer doch nicht die weite Sicht verliert. „The realist with vision“ ist, was wir brauchen wenn wir vom Menschen aus die fast übermenschlichen Probleme unserer Zeit in jeder Situation neu bewältigen wollen – und das ist und bleibt unsere höchst persönliche Aufgabe.

Victor Hugo, einst befragt, was er eigentlich von der Zivilisation dachte, antwortete: „Es ist eine gute Idee, jemand sollte damit den Anfang machen.“ Oder um es anders zu fassen, lassen Sie mich eine schlichte amerikanische Anekdote erzählen – sie handelt von einem Mann (und wem unter Ihnen käme das nicht bekannt vor), der sich vergeblich auf einen Artikel zu konzentrieren versuchte inmitten des lärmenden Spiels seines jungen Sohnes.

In der Verzweiflung nahm der Vater die letzte Seite seines Journals, auf der eine große Weltkarte abgebildet war, und zerriß sie in kleine Fetzen. „Hier hast du eine schöne Beschäftigung, versuche mal die Karte zusammenzustückeln.“ Und damit hoffte er, für eine lange Zeit den Störenfried loszusein. Jedoch nach wenigen Minuten kam der Bursche stolz mit der zusammengefügten Landkarte zurück. „Wie hast du denn das so schnell zustande gebracht, mein Sohn?“ „Oh, das war gar nichts“, erwiderte der Junge. „Auf der anderen Seite war ein großes Photo eines Menschen. Alles was ich zu tun hatte, war den Menschen wieder zusammenzubasteln, und die Welt war in schönster Ordnung.“